

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 1,- RM. (incl. Porto, bei Vorbestellung 1,20 RM.) jährlich 12,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Abonnenten und Teilehaber des Blattes, welche die Wilsdruffer Zeitung nicht erhalten, können sich durch Einsendung eines Briefes an den Verleger, Wilsdruff, an der Hauptstraße 10, oder durch einen Brief an den Postamtverwalter, Wilsdruff, an der Hauptstraße 10, angeschlossen machen. Der Brief muss die nötigen Angaben enthalten. Die Wilsdruffer Zeitung wird auch durch den Postboten geliefert. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Pf. pro Nummer. Fernsprecher: Ami Wilsdruff Nr. 6. — Jeder Abonnent erhält gratis ein Exemplar der Zeitung. — Jeder Abonnent erhält gratis ein Exemplar der Zeitung. — Jeder Abonnent erhält gratis ein Exemplar der Zeitung.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 8 — 94. Jahrgang — Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2540 — Donnerstag, den 10. Januar 1935

„Am 13. Januar: Den Weg frei zur Verständigung!“

Triumph des deutschen Charakters.

Büchel sprach vor der Presse.

Der Saarbevollmächtigte des Reichslantlers, Generalmajor Büchel, hielt am Mittwochabend in der Aula der Universität zu Bonn eine grundlegende Rede über die Saarfrage. Die Rede, die vor Vertretern der in- und ausländischen Presse gehalten wurde, und das Thema: „Am 13. Januar: Den Weg frei zur Verständigung!“ hatte, wurde auf alle deutschen Sender übertragen. Der Redner führte u. a. folgendes aus:

Der Versailler Vertrag sagt zum Saarländer: Wenn du willst, kannst du Franzose werden! Deutschland aber, und zuallererst das deutsche Saarvolk selbst, betonte von Anfang an, daß dieser Versailler Vertrag ein Unrecht ist, denn

das Volk an der Saar ist deutsch und war noch nie etwas anderes als deutsch. Diese deutsche These lautet: Franzose, Deutscher, Engländer ist nicht der, der es sein will, sondern jener, der durch das Gesetz des Blutes, durch Geburt und Geschichte dazu bestimmt ist.

Zwischen die angeführten beiden Thesen, also zwischen die französische, nach welcher eine Willensänderung genügt, um Glied einer anderen Nation zu werden, und zwischen die deutsche, nach welcher die innere Zugehörigkeit zum angestammten Volkstum entscheidet, schob man noch eine dritte Lösung ein: das Kompromiß des Status quo!

Die Franzosen haben von vornherein durch ihre ganzen Maßnahmen unzweifelhaft erkennen lassen, daß das Saargebiet reifgemacht werden sollte für eine Entscheidung für Frankreich.

Die große Entscheidungsfrage für den Marxismus.

Der historische Augenblick war gekommen, in dem der Marxismus bekennen mußte, ob er wirklich nationalpolitische Qualitäten hat oder ob er sich lediglich international gebunden fühlt. Die Entscheidung des offiziellen Marxismus lautet nun: Partei gegen Volk. Es gibt unter den Marxisten Gott sei Dank genug brave Menschen, bei denen die Stimme des Volkes immer noch stärker ist als der Überzeugungs-ton des marxistischen Funktionärs, und die vor allem das Vaterland als naturgegebenen Wert stärker im Herzen tragen, als es dem Marxismus angenehm ist. Wenn diese deutschen Menschen vor die letzte Abstimmungsfrage, Vaterland oder Verrat, gestellt werden, wird ihre Entscheidung klar sein. Diesen Menschen muß der Marxismus, wenn er sie als Mitglieder seiner Parteien sich erhalten will, eine Verurteilungspitze, ein Betäubungsmittel geben. Er greift zur getarnten Lösung des Status quo.

Das Zugbild der zweiten Abstimmung.

Bei den Verhandlungen des Dreier-Konferenzen im Kom ist mit aller Deutlichkeit anerkannt worden, daß eine zweite Abstimmung nicht in Frage kommt. Der Völkerbundrat konnte nicht anders handeln. Allerdings hat der Völkerbund theoretisch die Möglichkeit einer späteren zweiten Abstimmung eröffnet. Man hat dabei die Auffassung vertreten, daß im Falle einer Status quo-Lösung die Souveränität endgültig auf den Völkerbundrat übergeht.

Nun wird allerdings von den Gegnern geltend gemacht, daß die Staatsmänner Litwinow, Deutscher und Kaval ihre grundsätzliche Vereinstschaft für einen solchen künftigen Verzicht auf die Souveränität bereits ausgesprochen hätten. Es soll nicht bestritten werden, daß die genannten Staatsmänner für ihre Person eine für die Saarbevölkerung wohlwollende Behandlung der Verfassungsfrage zugelegt haben, aber: ein Beschluß des Völkerbundsrats liegt nicht vor.

Der Status quo und seine Lebensdauer hängen also nicht ab vom Willen des Saarvolkes, sondern vom Willen fremder Regierungen, vom politischen Willen Deutschlands, von beherrschenden Weltanschauungen, von der Stellungnahme anderer Mächte zu Deutschland.

Niemals wird das Saarvolk, das deutsche Saarvolk, sein Schicksal freiwillig in die Hände fremder Männer und Regierungen legen.

Ich stelle diese Gedanken heraus, weil ich gleichzeitig darauf hinweisen muß, daß eine Verständigung und ein wahrer Friede nur dann möglich ist, wenn Völker und Staaten in ihrem Bestand stabil sind. Hier darf ich ein

kräftiges Wort an die Adresse Frankreichs

richten. Ich tue es, weil ich mit dem Führer meines Volkes ehrlich die Verständigung will, weil ich aber auch weiß, daß zur Erreichung dieses Zieles über gewisse Dinge aufrichtig und grundsätzlich gesprochen werden muß. Der 13. Januar steht drei Abstimmungsfragen vor. Hier interessiert nur die Frage: Beibehaltung des bisherigen Zustandes. Mit der Einschaltung dieser Frage hat der Versailler Vertrag die Möglichkeit für eine autonome Bewegung im Saargebiet geschaffen wollen. Für eine separatistische Bewegung, die aus innerpolitischen Ressentiments eine Trennung des Saargebietes von Deutschland und dann vom Saargebiet aus die innerpolitische Stellung der deutschen Regierung aufrollen möchte, ist nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages kein Raum.

Die Bekämpfung einer solchen staatsgefährlichen und die europäische Sicherheit bedrohenden innerpolitischen Bewegung ist einzig und allein Sache Deutschlands. Die Begünstigung einer solchen Bewegung durch eine fremde Macht muß sich als eine feindselige Handlung gegen Deutschland darstellen, und deshalb empfinden wir Deutsche es schmerzhaft, daß die gesamte offizielle und inoffizielle französische Propaganda im Saargebiet auf eine Zusammenarbeit mit der regierungsfeindlichen deutschen Opposition gerichtet war.

Die Franzosen haben nahezu 14 Jahre die Französisierung, also eine Abstimmung für Frankreich, mit allen Mitteln und mit allerlei Weisheiten propagiert. Bisherig änderte sich die Politik und sie erklärten sich für den Status quo. Die Vertreter Frankreichs an der Saar, insbesondere die französische Verwaltung, verbündeten sich mit jenen, die sich gegen Charakter und Vaterland entschieden hatten.

Ein geteiltes Saargebiet lebensunfähig.

Da das unverantwortliche Gerücht der Emigranten und Separatisten bei manchen gewisse Zweifel ausgelöst hat, halte ich es für meine Pflicht, die deutsche Auffassung für das künftige politische Schicksal des Saargebietes mit aller Klarheit zu umschreiben.

Die Reichsregierung ist eindeutig. Die Volksabstimmung macht die Zugehörigkeit des Saargebietes von der Mehrheitsentscheidung der Saargebietbewohner abhängig. Deutschland hat den Versailler Vertrag in seiner tiefsten Not und Schmach angenommen, und der Führer hat trotz allem ausdrücklich erklärt, daß er den Volkswillen anerkennt. Damit ist die Bahn für eine rechtmäßige Entscheidung über die künftige staatliche Zugehörigkeit des Saargebietes frei, und der Völkerbundrat ist kraft zwingendes Rechts verpflichtet, das Abstimmungsergebnis entsprechend zu werten. Entschieden sich nicht die Mehrheit der abstimmungsberechtigten Saarländer für eine der drei im Saarstatut vorgesehenen Abstimmungsmöglichkeiten, so hat der Völkerbundrat diese Entscheidung in Vollzug zu setzen.

Eine Teilung des Saargebietes wäre theoretisch nur dann denkbar, wenn eine Reihe zusammenhängender Abstimmungsbezirke, die in ihrer Gesamtheit ein lebensfähiges Staatsgebilde ausmachen, sich für eine andere Frage als die übrigen Abstimmungsbezirke, und zwar mit absoluter Mehrheit, entscheiden würde. Tatsächlich kann aber dieser Fall niemals eintreten, weil es bei der gegebenen Lage ausgeschlossen ist, daß der Status quo auch nur in einem einzigen Abstimmungsbezirk die Stimmenmehrheit erhält. Außerdem: das Saargebiet für sich schon ist kein lebensfähiges Staatsgebilde, geschweige denn, daß ein Teil dieses Gebietes lebensfähig wäre.

Mit gleichem Recht, oder besser gesagt, mit dem gleichen Unrecht dieser Nechankünster müßte man die innerpolitischen Oppositionskräfte der verschiedenen Staaten der Welt zur Grundlage einer Abtrennung von Landesteilen aller Staaten machen.

Der Status quo ist gewiß keine Etappe zur Liquidation. Jene, die ihn wollen, sind Gegner der deutsch-französischen Verständigung. Gerade deshalb müssen die Konfliktstoffe schonungslos aufgedeckt werden, damit man sie endlich beseitigen kann. Und darum das Folgende: Der ostfranzösische Straßburger Sender hat sich zum offiziellen Sprachrohr des Status quo erklärt. Er heult täglich gegen die Deutsche Front und gegen Deutschland mit dem Ziele der Propagierung des Status quo. Die französische Vergewerkung der künftigen Abstimmung ist finanziert durch französische Geldern, sie unterhält ein ausgebreitetes Spionagesystem gegen alles, was deutsch ist. Auf der anderen Seite hungert die deutsche Spitze für französische

Geld, liefern die eigenen Arbeitskameraden ans Messer, heben zum Krieg gegen Deutschland, beschuldigen es des Vordes von Marseille, reden von deutschen Führern als von Gangstern und schreiben um dreißig Silberlinge gegen Gott und die Welt, rufen zum Boykott auf, und das alles nennt dann der Straßburger Sender den Status quo, die urdeutsche Angelegenheit!

Nehmen wir an, der Status quo würde siegen. Wie würde dann in diesem Status quo dieses Christentum von den sogenannten christlichen Separatisten etabliert werden können? Träger des Status quo ist die marxistische Einheitsfront. Die Saarregierung würde also von den Leuten maßgebend geführt, die sich Kommunisten und Marxisten nennen.

Denn ich demgegenüber gefragt werde:

„Was ist Christentum im neuen Deutschland?“ dann müßte ich antworten: Christlich ist es, anzuerkennen, daß Gott die Siege nicht dafür geschaffen hat, damit sie von politischen Geschäftemachern umgefälscht und mißbraucht werden. Christlich ist es, dem Verrat, der sich mit Christentum maskiert, die Maske herunterzureißen, damit das Christentum keinen Schaden erleidet. Christlich ist, wenn Protestanten und Katholiken, weil sie ein und denselben Herrgott haben, sich die Hand reichen, um auch ein und denselben Vaterland zu dienen. Sie fragen mich in diesen Tagen: Ist es richtig, was Herr May Braun schreibt, daß sofort nach der Rückgliederung ein Konzentrationslager in Neunkirchen errichtet würde? Meine Herren, dieses Gefallen werden wir den Emigranten nicht tun.

Andere fragen mich: Ist es richtig, daß nach dem 13. Januar ein Kulturkampf in Deutschland ausbricht? Wir führen in Deutschland keinen Kulturkampf, weil es die Separatisten an der Saar voraussetzen. Wir führen keinen Kulturkampf, weil ihn die Separatisten an der Saar wünschen, und wir führen erst recht keinen Kulturkampf, weil wir die Überzeugung haben, daß die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat und daß sich gegenseitige Verträge unter den Konfessionen ein höchstes Gebot der Religion überhaupt ist.

Tausendfach sind die Lügen, die in den letzten zwei Jahren über Deutschland verbreitet wurden. Heute lesen Sie, wir leiden unter Rohstoffmangel — Geben Sie durch diese Stadt, geben Sie in jede Stadt in Deutschland und suchen Sie den Rohstoffmangel.

Ein deutsches Saarland Bollwerk des Friedens.

Meine Herren von der ausländischen Presse! Sie selbst waren vielleicht Zeuge, wie am letzten Sonntag in der Rundgebung der Freiheitsfront Herr Braun unseren Führer maßlos beschimpfte und der Kommunist Vfordt in der gleichen unerhörten Weise wieder mit Schmutz um sich warf. Glaubt etwa ein anständiger Mensch, daß ein solcher Zustand eine Garantie des Friedens wäre? Wenn man den Frieden will, dann kann man nicht diese Herke des Friedens an der gefährlichsten Stelle zwischen zwei Völkern sich einnistern lassen.

Wer den Frieden will, muß sich entschließen, den Störenfried dorthin zu setzen, wo er den beiderseitigen Frieden nicht mehr stören kann.

Den Arbeiter sich man früher immer wieder glauben, daß das übrige Volk ihm nicht die gültige Anerkennung seiner Ehre zukommen lasse. Und so hat man den Haß in ihm erweckt. Heute hat sich dieser unstillbare Zustand geändert. Der Arbeiter ist für uns der Ehrenmann, weil das Wort Ehre nicht zuletzt an Leistung für die Gesamtheit gebunden ist.

Deutsche Männer und Frauen! Der 13. Januar wird dem Gesetz des Friedens praktische Anwendungsmöglichkeit geben. So soll es an diesem Tag nicht zwischen Deutschland und Frankreich im Sinne rechtlicher Auseinandersetzung Sieger und Besiegte geben. Waffenträger in diesem Kampf ist deutsches Volkstum. Als Besiegter muß einzig und allein der Verrat am Boden liegen. Eine trauke alle Frau, die sich in das Abstimmungslokal schleppte, gab ihre Stimme ab und sagte: „Ich bin deutsch geboren und werde deutsch sterben!“ Die abgegebene Stimme aber wurde, weil dieses Bekenntnis eine Demonstration für Deutschland darstellte, für ungültig erklärt. Der Ausspruch dieser Frau aber wird historisch bleiben.

Die Welt soll es wissen: Am historischen 13. Januar wird das tapfere Saarvolk der Weltgeschichte den Triumph des deutschen Charakters präsentieren. Das Saarvolk marschiert.

Die Grenzpfähle stürzen, Deutschland reißt das Tor auf. Sein Führer schlägt ein: Es lebe der Friede!